Lausitzer Rundschau

02.09.2015

Bodenreform-Opfer schweigen auch nach 70 Jahren nicht

Tausende wurden vertrieben / Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum kämpft für die Aufarbeitung der damaligen Ereignisse

Plänitz Stalins Moskau gab die Direktive vor. Die Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone folgten ihr prompt. Vor 70 Jahren wurde die Bodenreform proklamiert. Tausende Menschen verloren ihr Land sowie Hab und Gut.

Mit einem Feldmesszirkel misst ein Bauer im sächsischen Zschernitz seinen Acker aus. Die Bodenreform und deren mögliche Revision beschäftigten immer wieder deutsche und europäische Gerichte. Im März 2005 wies der Europäische Gerichtshof eine Klage von 71 Alteigentümern zur Rückgängigmachung der Bodenreform endgültig ab. Foto: dpa

Für Manfred Graf von Schwerin ist nach 70 Jahren das Thema nicht abgeschlossen. "Mit der Bodenreform geschehenes Unrecht darf nicht vergessen werden", betont der heute 82-Jährige. Er ist Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum. Die Mitglieder kämpfen für die Aufarbeitung des damals Geschehenen – und für Wiedergutmachung im Interesse der Betroffenen und ihrer Erben. "Vertreibung und Enteignung waren Straftaten. Das muss immer wieder deutlich gemacht werden", sagt von Schwerin anlässlich des Gedenkens an das Ereignis vor 70 Jahren.

Als Junkerpack diffamiert

Am 2. September 1945 wurde im brandenburgischen Kyritz nordwestlich von Berlin die Bodenreform proklamiert. Im Hotel "Schwarzer Adler" verkündete der damalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Wilhelm Pieck, die Verordnung. Mit wenig zimperlichen Propagandaplakaten wurde die Zielrichtung vorgegeben: Ein hemdsärmliger Neubauer attackiert mit einem Spaten symbolisch Menschen, die als Junkerpack diffamiert werden.

Auf einen Schlag verloren alle Großgrundbesitzer mit mehr als 100 Hektar ihren Landbesitz. Enteignet wurden auch Grund und Boden von Kriegsverbrechern und Nazi-Führern. Darunter waren auch vermeintliche Schlüsselfiguren des NS-Systems, wie SED-Geschichtsforscher Andreas Malycha sagte. Der Vater von Manfred Graf von Schwerin war ein überzeugter Nazi-Gegner und saß in Haft. Der Familie gehörten etwa 800 Hektar bei Anklam in Mecklenburg-Vorpommern.

Tausende wurden bei der Bodenreform von ihren Höfen vertrieben. "Niemand von uns konnte damals ahnen, welche Dimensionen des puren Wahnsinns das Schlagwort "Reform" annehmen sollte", schrieb 1947 Tilo Freiherr von Wilmowsky, ehemaliger Besitzer des Gutes Marienthal bei Naumburg im heutigen Sachsen-Anhalt. Mit der Familie musste er den Hof räumen und wurde verhaftet. Später gelang die Flucht in den Westen. Viele seiner Freunde verloren aber ihr Leben, wie er sagte.

Etwa 2,5 Millionen Hektar Felder und Agrarflächen wurden enteignet. Gut ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der sowjetischen Besatzungszone ging in andere Hände über. Etwa 560 000 Menschen – Neubauern und Landarme – erhielten je etwa 20 Hektar.

Leistungen genau kontrolliert

In der Bahnhofskneipe sei die Kommission zusammengetreten, die alles aufteilen sollte, gibt die Bundeszentrale für politische Bildung die Erinnerungen eines Neubauern wieder. "Und die besten Stücke haben wir natürlich nicht bekommen", berichtet der Mann. Die neuen Besitzer konnten auch nicht frei entscheiden, was angebaut wurde. Die Leistungen seien genau kontrolliert worden, sagt er.

Die Neubauern hatten wenig Glück mit ihrem gerade erst erworbenen Eigentum. Mitte der 1950er-Jahre begann die Zwangskollektivierung – und sie mussten ihr Land in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) einbringen.

Manfred Graf von Schwerin vor seinem Herrenhaus im nordbrandenburgischen Plänitz – in den Händen hält er ein Plakat vom März 1951. Foto: dpa

"Nach der Wende wurden sie in Brandenburg erneut Opfer", sagt von Schwerin. Das Land Brandenburg hatte sich in Grundbücher für diese Grundstücke eintragen lassen, weil die

Besitzer vermeintlich nicht auffindbar waren. Seit 2010 werden nach einem Gerichtsurteil die rechtmäßigen Erben gesucht. Mittlerweile stellte das Finanzministerium bereits 7500 Anträge auf Berichtigung der Grundbücher.

"Die Bodenreform ist Geschichte, auch wenn sie heute als unrechtmäßig empfunden wird", sagt der Fraktionschef der Grünen im Brandenburger Landtag, Axel Vogel. Eine Enquete-Kommission des Landtags hatte sich mit der Bodenreform und den Auswirkungen der Zwangskollektivierung beschäftigt.

In Plänitz (Ostprignitz-Ruppin) baut die Aktionsgemeinschaft heute ein Dokumentationszentrum mit Museum und Archiv auf. "Die Erinnerungen an das schreiende Unrecht müssen wachgehalten werden", sagt von Schwerin, dessen Familie sich bis 22 Generationen zurückverfolgen lässt. Ihm selbst gehört wieder ein winziger Teil des alten Besitzes – ihn hat er jedoch zurückgekauft.

Erinnerung und Gedenken

Zu DDR-Zeiten entstand in Kyritz bereits anlässlich des 25. Jahrestages der Bodenreform ein Denkmal. Die Aktionsgemeinschaft hat ein schwarzes Kreuz davor gesetzt und erinnert an die Opfer der Enteignung. Eine weitere Stele gedenkt der Opfer der Zwangskollektivierung. Von Schwerin will eines erreichen: Über dieses unsägliche Kapitel der Geschichte dürfe sich kein Mantel des Schweigens legen.

Gudrun Janicke